

Archiv des öffentlichen Rechts

142. Band (2017), Heft 2

Inhalt

Abhandlung

- Prof. Dr. *Markus Möstl*, Bayreuth
Verfassungsfragen der Flüchtlingskrise 2015/2016 175

Kleine Beiträge

- Prof. Dr. *Martin Kment*, Augsburg
Verwirklichung von Infrastrukturprojekten in Abschnitten
im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts 247
- Prof. Dr. *Sebastian Müller-Franken*, Marburg
Beschränkung der Wirksamkeit von Verfassungsgerichten
durch Gesetz 276

Literatur

Besprechungen

- Andreas Engels: Die Verfassungsgarantie kommunaler Selbstverwaltung.
Eine dogmatische Rekonstruktion
(Prof. Dr. *Johannes Hellermann*, Bielefeld) 296
- Stefan Pilz: Der Europäische Stabilitätsmechanismus.
Eine neue Stufe der europäischen Integration
(Prof. Dr. *Jörn Axel Kämmerer*, Hamburg) 302
- Barbara Sandfuchs: Privatheit wider Willen?
Verhinderung informationeller Preisgabe im Internet nach deutschem
und US-amerikanischem Verfassungsrecht
(Dr. *Johannes Eichenhofer*, Bielefeld) 307

Anzeigen

- Jürgen Bröhmer (Hrsg.): Europa und die Welt. Kolloquium zu aktuellen
europa-, völker- und menschenrechtlichen Themen aus Anlass
des 80. Geburtstages von Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. mult. Georg Ress
(Prof. Dr. *Peter Badura*, München) 313
- Matthias Jestaedt/Oliver Lepsius (Hrsg.): Verhältnismäßigkeit –
Zur Tragfähigkeit eines verfassungsrechtlichen Schlüsselkonzepts
(Prof. Dr. *Johannes Saurer*, Tübingen) 316

ABHANDLUNG

Verfassungsfragen der Flüchtlingskrise 2015/16

MARKUS MÖSTL

Inhalt

I. Einführung	176
II. Rückblick: Die Flüchtlingskrise 2015/16 und die durch sie aufgeworfenen Rechtsfragen	179
III. Die Verfassungspflicht zu wirksamer Grenzsicherung und Kontrolle der Zuwanderung	183
1. Kontrolle der Zuwanderung und effektiver Grenzschutz als notwendige Staatsaufgabe und Verfassungspflicht	183
a) Grundsätzliche Überlegungen zur Staatlichkeit und zur Territorialität des Staates	183
b) Enger Bezug zu weiteren Verfassungsaufgaben und Strukturprinzipien der Staatlichkeit	187
c) Materielle Gehalte von Art. 73 Abs. 1 Nr. 5, 87 Abs. 1 S. 2 GG (Grenzschutz) und Art. 73 Abs. 1 Nr. 3, 74 Abs. 1 Nr. 4 GG (Kontrolle der Zuwanderung)	188
d) Zielrichtungen zuwanderungsbezogenen Grenzschutzes, Einreiseverweigerungen als reguläres Mittel der Zielverfolgung und die Frage nach den Grenzen der Aufnahmefähigkeit einer Gesellschaft	190
2. Bekräftigung der Verfassungspflicht zu wirksamem zuwanderungsbezogenen Grenzschutz durch die Drittstaatenregelung des Art. 16a Abs. 2 GG und die seiner Umsetzung dienende Regelung zu Einreiseverweigerungen nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 AsylG	192
3. Der rechtsstaatliche und gewaltenteilige Auftrag zu einer effektiven Durchsetzung des geltenden Rechts (exekutivische Vollzugspflicht), insbesondere in Bezug auf § 18 Abs. 2 Nr. 1 AsylG	195
4. Der Gesetzes- und Parlamentsvorbehalt für wesentliche migrationspolitische Entscheidungen	198
5. Teilergebnis	201
IV. Das europäische Unionsrecht betreffende Überlegungen	201
1. Normalerweise greifende unionsrechtliche Überlegungen	201
2. Nachhaltige und schwerwiegende Störung der Funktionstüchtigkeit des europäischen Grenzregimes und Asylsystems	205

3. Der unionsrechtliche und verfassungsrechtliche Vorbehalt zugunsten einer unaufgebaren Reserveverantwortung des Staates für wirksame Grenzsicherung und Zuwanderungskontrolle	207
a) Der unionsrechtliche Vorbehalt des Art. 72 AEUV (i. V. m. Art. 4 Abs. 2 S. 2 EUV)	211
b) Der nationale Verfassungsvorbehalt	216
4. Unionsrechtskonformität nationaler Maßnahmen der Einreiseverweigerung	220
5. Teilergebnis	223
V. Die Rechtsposition der Länder	224
1. Wirksame Grenzsicherung und Zuwanderungskontrolle als zugunsten der Länder drittschützende Verfassungspflicht des Bundes und der korrespondierende Anspruch der Länder auf hinreichend wirksamen Vollzug von zur Einlösung dieser Pflicht erlassenen, länderschützendem Recht	224
a) Die Staatsqualität der Länder – Wirksame Grenzsicherung und Zuwanderungskontrolle als notwendiger Aspekt des Schutzes der Staatlichkeit und Territorialität der Länder; die Rechtsposition der Länder in Bezug auf den Vollzug von zum Schutze ihrer Staatlichkeit erlassenen Recht	225
b) Aufgabenbezogene Argumentationslinien	231
c) Vereinbarkeit mit Maßstäben der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung	232
2. Das Gebot länderfreundlichen Verhaltens und das Untermaßverbot als Maßgrößen für die von den Ländern einforderbare Art und Weise der Erfüllung der dem Bund den Ländern gegenüber obliegenden Schutzpflicht (insbesondere in Bezug auf den wirksamen Vollzug länderschützenden Rechts)	235
a) Das Gebot länderfreundlichen Verhaltens (Grundsatz der Bundestreue)	236
b) Das Untermaßverbot	238
c) Fragen der richterlichen Kontrolldichte	242
3. Teilergebnis	244
VI. Schluss	245
Summary	246

I. Einführung

Die Flüchtlingskrise 2015/16 hat bekanntlich zu einer verfassungsrechtlichen Meinungsverschiedenheit zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung geführt. Zur Klärung der durch die Flüchtlingskrise aufgeworfenen verfassungsrechtlichen Rechtsfragen hatte die Staatsregierung ein Rechtsgutachten von *U. Di Fabio* eingeholt, das am 8. Januar 2016 erstat-